Direct Action ...
kreativer **Widerstand** & herrschaftsfreie **Visionen**

1 Euro

Aneignung jetzt!

Häuser und Plätze besetzen!
... Umweltschutz von unten ...
... Reclaim the street ... Antiökonomie

Konkrete Tipps ... Hintergrundinfos

Dem System **quadratmeterweise** das Land entziehen ... **Eigentum** brechen ...

www. **direct-action** .de.vu

Aneignung jetzt !

Eigentum liquidieren ++ Häuser und Betriebe besetzen
Umweltschutz von unten ++ Flächen ohne Besitz schaffen!

Aneignung bedeutet in diesem Text, Ressourcen, Flächen, Häuser, Fahrzeuge, Wissen und alles, was bisher durch Besitz nur eingeschränkt zugänglich und nicht gleichberechtigt nutzbar war, genau dieser Eigentumslogik zu entreißen und offen nutzbar zu machen. Es ist also nicht wie (der oft ebenfalls sinnvolle) Diebstahl oder Raub, denn dieser überführt Eigentum von einem zum anderen – im günstigen und politisch durchdachten Fall eine Umverteilung von oben nach unten. Sondern sie bricht mit der Logik des Eigentums, entreißt BesitzerInnen von Kapital und Möglichkeiten diese, um sie gleichberechtigt allen zugänglich zu machen.

Die Aktionsform ist:

- ★ visionär, weil der gleichberechtigte Zugriff auf alle Ressourcen, Wissen, Flächen usw. zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft gehört und durch Aneignung das in einem Detail sichtbar gemacht werden kann. Die Debatte um die weitergehende Vision von Gesellschaft kann damit gut verbunden werden.
- ★ emanzipatorisch, weil sie nicht mehr an die jeweils Herrschenden appelliert (wie z.B. Streiks, Forderungen an den Staat usw.), selbst die Herrschaftsverhältnisse am jeweiligen Punkt abbaut.
- ★ eine Möglichkeit, Keimzellen zu schaffen für eine herrschaftsfreie Gesellschaft, denn die Aneignung ist in der Regel eine illegale Handlung und es gibt daher genau keinen Grund, irgendwelche anderen Regeln, Normen oder Zwänge zu akzeptieren, sondern stattdessen das (ewige, prozesshafte) Experiment des herrschaftsfreien Agierens mit den angeeigneten Flächen, Häusern, Ressourcen, Mitteln u.ä. zu starten.
- ★ eine Überwindung des nur Reformerischen, weil es zumindest auf das Detail des Angeeigneten bezogen grundlegende Verhältnisse außer Kraft setzt. Diese können sich intern wieder einschleichen, aber dafür gibt es zumindest keinen formalen Zwang.
- ★ konfrontativ, weil Eigentum immer und überall die Gesellschaft durchzieht und von den Herrschenden verteidigt wird.

Aneignung ist aber nicht immer ein politischer Vorgang. Sie kann auch, dann in der Logik von Diebstahl oder Raub, der Ausdehnung privater Möglichkeiten dienen. Das ist in vielen Fällen als Teil emanzipatorischer Politik gut begründbar, wenn z.B. Kinder/Jugendliche der dominanten Erwachsenenwelt Räume entziehen und diese auch nur für sich nutzen wollen. Oder in ähnlicher Logik Frauen gegenüber Männern, Nicht-Deutsche gegenüber Deutschen usw.
Öffentlich-emanzipatorische Projekte mit politischer Ausstrahlung entstehen aber erst dort, wo das, was angeeignet wurde, nicht neu der Eigentumslogik, dem Hausrecht usw. unterworfen wird, sondern offen steht – unter der kämpferischen Zielrichtung, dass die Normalität von Herrschaftsbeziehungen nicht wieder zurückkehren kann bzw. dauerhaft angegriffen und Stück für Stück zerstört werden soll.

Aneignung kann ganz unterschiedlich aussehen – je nach gewünschter Wirkung und je nach dem, was angeeignet wird. Die folgenden Beispiele zeigen auf, wie vielfältig Aneignung in Alltag und Gesellschaft möglich ist. Die Reihe ist jedoch unendlich fortsetzbar – was in Theorie und Praxis auch zu hoffen ist. Denn Aneignung gehört zu einem der wichtigsten Elemente der praktischen Umsetzung von herrschaftsfreier Gesellschaft. Nicht die Theoriezirkel in den Hinterzimmern oft wohlsituierter Staatsangestellter werden die Welt verändern, sondern diejenigen, die mit emanzipatorischen Zielen und intensiver Reflexion über Herrschaft und ihre Ausformungen in die kämpferische Befreiung immer neuer Teile von Gesellschaft ziehen und daran Visionen thematisieren. Ob diese Teile Flächen, Häuser, Produktionsmittel, Wissen oder Organisierungsformen sind, ist dabei gleichgültig. Aneignung ist es immer, wenn etwas aus dem Eigentum entrissen und gleichberechtigt nutzbar gemacht wird.

Häuser und Flächen besetzen

Grundeigentum ist eine der wichtigsten Grundpfeiler dieser Gesellschaft. Über Häuser und Grundstücke wird die Möglichkeit zur freien Entfaltung sowie, im Kapitalismus, die zur Wertschöpfung dauerhaft und trennscharf sehr unterschiedlich auf die Menschen verteilt: Einige haben sehr viel (vor allem staatliche und staatsnahe Institutionen, Firmen und einige Reiche), andere wenig und viele gar nichts. Zur Befriedigung von Grundbedürfnissen und zur freien Entfaltung ist der Zugang zu Häusern und Flächen aber von großer Bedeutung. Umgekehrt bedeutet der herrschaftsförmige Zugriff auf Flächen (beim Staat zusätzlich das Recht auf Enteignung, also „Aneignung von oben") eines der wichtigsten Mittel der Steuerung von Herrschaft, z.B. zur Abwälzung von Umweltfolgen der Profitmaximierung auf periphere Gegenden.

Ex-Besetztes Haus in Marburg (s. auch Titel)

Projektwerkstatt in Saasen (rechts: www.projektwerkstatt.de/saasen)

Da das Grundeigentum eine der wichtigsten Säulen der Gesellschaft ist, stellt der Bruch dieser Rechtsabsicherung Normalität in Frage. Visionär wird das Projekt aber nur dann, wenn der angeeignete Raum wiederum eigentumslos organisiert wird, d.h. die dortigen Möglichkeiten nicht unterschiedlich zugänglich sind (Schlüsselgewalt für Räume oder Passwörter für Technik nur bei wenigen) oder gar ein eigenes Hausrecht neu geschaffen wird, um interne Konkurrenzstärke zu organisieren. „FreiRäume" als gegengesellschaftlich-herrschaftsfreie Bereiche sind nur dort möglich, wo Herrschaft in der gesamten Komplexität zurückgedrängt und formale Macht gänzlich abgeschafft wird.

Die Ordnungskräfte der bestehenden Gesellschaft werden viel daransetzen, die Aneignung von Grundstücken mit anschließender Liquidierung von Eigentumsrechten zu verhindern oder im Falle des Falles wieder rückgängig zu machen. Damit muss von Beginn an gerechnet werden. Wer Aneignung als gegengesellschaftliches Projekt begreift, kann eine Besetzung nur als offensive Aktion organisieren, d.h. Räumungen und Repression von vorneherein als Teil der Aktion einbauen. Es geht bei emanzipatorischem Verständnis nicht darum, eigentumsähnliche Situationen in Häusern durchzusetzen, sondern die Aneignung als Kampfansage an eine herrschaftsförmige Weltordnung zu begreifen. Vielfältige Aktionen, die die Idee der Eigentumslosigkeit nach außen tragen, sind das Politische an der Aneignung. Spießige „Jetzt-ist-das-unsers!"-Mentalität ist nur die Kehrseite von Rechtsstaat und Bürgerlichkeit.

Beispiele, Ideen usw. für Aneignungen und offene Strukturen:

- ★ Konzept für die „Wannkopfstr. 13", damals besetztes Haus in Marburg mit Freiraum-Anspruch: www.nichtwissen.de
- ★ Projektwerkstätten, z.B. die in Saasen: www.projektwerkstatt.de/saasen
- ★ Stiftung FreiRäume als Rechtsstruktur für Eigentumsrechts-Liquidierung: www.projektwerkstatt.de/stiftung.

Reclaim the Streets (... the night, the park ...)

Demonstrationen und Kundgebungen beziehen sich meist auf offizielles Recht. Nicht selten wird das Demorecht sogar als Errungenschaft bezeichnet, die es zu verteidigen und anzuwenden gelte – dabei ist es nur noch ein kleiner Rest, in dessen Rahmen stark kanalisierte Protestformen möglich sind. Dass Papi Staat und seine Getreuen (Ordnungsamt, Bullen usw.) darauf drängen, dass Protest (wenn er schon nicht verhinderbar ist) als Demo angemeldet und mit allen dazugehörigen Auflagen durchgeführt wird, sollte eigentlich stutzig machen. Das geschieht aber regelmäßig nicht.

„Reclaim the street“ ist ein Gegenmodell. Das geltende Recht und die normalen Zonierungen von Städten und Verkehrsflächen werden nicht akzeptiert. Stattdessen werden Flächen und Straßen besetzt – denkbar ist eine Strategie, sehr wendig und flexibel zu sein, d.h. den anrückenden Bullen immer wieder zu entwischen und sich an verabredeten neuen Plätzen wieder zu treffen. Dort beginnt wieder alles von vorne. Wesentliches Element ist die Hoffnung, daß kreativ-spontanes Handeln bei guter Vorbereitung (Ortskenntnis, Verabredungen, Stadtpläne, handlungsfähige Kleingruppen usw.) einer Hierarchie wie den Bullen hinsichtlich Wendigkeit und Schnelligkeit überlegen ist.

„Reclaim the street“ will Lebendigkeit und lustvolles Leben ausdrücken – es ist daher in der Regel verbunden mit Tanz und vielen kleinen Aktionen (Theater, Sabotage und mehr). In England ist schon mal während einer Reclaim-the-street-Party eine Straße unauffällig mit Presslufthammern vernichtet worden.

Die zweite Variante ist die der schnellen Absicherung gegen Räumung. Ein gutes Instrument dazu sind Tripods, d.h. Dreigebeine (z.B. aus drei Gerüststangen mit zwei Gelenken und eventuell kleinen Querstangen) mit einem Sitzplatz oder Hängematte in der Spitze). Diese können schnell transportiert und aufgebaut werden, sind aber schwer zu räumen. Beide Formen (Wendigkeit und Räumungsschutz können auch verbunden werden).

Reclaim-the-Street-Parties können so organisiert werden, dass möglichst oft Bereiche mit viel Verkehr oder FußgängerInnen einbezogen werden, um so direkte Kommunikation zu schaffen. Wo z.B. große Straßen FußgängerInnenbereiche zerschneiden und lahmgelegt werden, wird sehr schnell überall diese Straße als autofreie Zone benutzt – Aktion und Normalität mischen sich.

Nach dem Vorbild der RTS sind in der Vergangenheit auch Reclaim-the-park oder Reclaim-the-night als Aktionsformen entwickelt worden. Letztlich ist alles möglich – von der Kreuzung bis zum Rathaus (z.B. ganz wendig als „Reclaim-the-power“ von einer Behörde zur anderen). Eine Mini-Ausgabe der RTS ist die Critical Mass: Per Fahrrad einfach spontan-chaotisch fahren. Nicht als Demo, sondern als zufälliges Zusammentreffen (siehe Foto links).

Copyright brechen, Wissen verfügbar machen

Auf fast allen Ideen, Erfindungen und vielem anderen liegt ein Copyright. Mit Patenten, Urheberrechten (die auch von vielen sog. „Linken“ verteidigt/eingefordert werden) und Lizenzen wird der Zugriff von Menschen auf Wissen und Technik genauso reguliert und herrschaftsförmig gestaltet wie bei Grundeigentum und Besitz an Produktionsmitteln. Wissen für alle freizugeben, ist allerdings vom Gesichtspunkt einer emanzipatorisch-widerständigen Praxis einfacher als mit materiellen Dingen. Zwar ist das Veröffentlichen von Software-Sourcecodes oder der Copyrightbruch verboten, aber oft einfach möglich. Die (wegen der Strafbewährung lieber anonym organisierte) massenhafte Verbreitung geschützten Wissens ist eine offensive politische Aktion, wenn sie mit genau dieser Vermittlung für „Freies Wissen“ erfolgt – also nicht zur eigenen Bereicherung u.ä. Denkbar ist auch – im Sinne kreativer Antirepression – ganz gezielte, kleine aber öffentlichkeitsstarke Copyrightbrüche einzugehen, um die dann eintretende Repression zur Vermittlung zu nutzen.

Vor allem der öffentlichen Vermittlung dient das Verändern der geschützten Produkte selbst. Wenn auf Büchern, CDs usw. die Preise auf Null gesetzt und/oder ein Aufkleber zu finden ist (am besten massenweise), der erklärt, dass Preise und Wertsetzung dem Profit und der Organisierung von Ungerechtigkeit dienen, demgegenüber eine andere Utopie denkbar wäre, kann das eine sehr direkte Vermittlung an viele Menschen sein – genau am Ort, wo spürbar ist, wie eingeschränkt der Zugriff auf Wissen und Ressourcen unter Eigentumsrecht ist. Internetseiten zu freier Software und dahinterstehende Gesellschaftsmodelle: www.oekonux. de.

Betriebe und Produktionsmittel übernehmen

Was für Häuser, Grundstücke und Wissen gilt, gilt überall. Besonders wichtig sind Produktionsmittel wie Maschinen, Rohstoffe usw. Viele davon werden gar nicht mehr gebraucht und können sogar einvernehmlich vom Eigentum befreit werden – z.B. leerstehende oder nicht mehr genutzte Werkstätten. Wichtig ist auch hier: Es kommt nicht nur darauf an, sie kapitalistischer Verwertung zu entziehen, sondern sie von der Eigentumslogik zu befreien. Wenn Produktionsmittel statt in Firmen in Kommunen oder anderen sog. alternativen Projekten gehortet und gegenüber Außenstehenden verschlossen werden, ist wenig gewonnen.

Spannend ist die Frage der Aneignung für Arbeitskämpfe. Streiks sind ein Appell an die Herrschenden und wollen deren Verhalten netter gestalten, aber Herrschaft nicht aufheben – nicht mal ein Stückchen. Visionär wäre die Aneignung, d.h. die Besetzung der Firma und die Aneignung des Produktionsprozesses. Allerdings – das ist kein Zufall – ist das nicht erlaubt. Arbeitskämpfe in anderen Ländern, in denen das ebenfalls nicht erlaubt ist, zeigen aber, dass solche von vielen durchgeführten Aktionen in der Regel nicht verfolgt werden.

Umweltschutz von unten in Praxis

Flächen von Eigentum zu befreien, gehört zu Aktionen nach einem Verständnis von Umweltschutz, die fast nirgends diskutiert und erst recht nicht angewendet wird – der Verbindung von Ökologie und Selbstbestimmung. „Normaler" Umweltschutz appelliert an Menschen in ihrer Funktion als BesitzerInnen, KonsumentInnen usw. – also immer in voller Eigentumslogik. Oder an den Staat bzw. an Firmen, die ihre Machtmöglichkeiten nutzen sollen zugunsten von Tieren, Pflanzen und Lebensgrundlagen. Spannend ist schon die Theorie der emanzipatorischen Ökologie: Flächen und Rohstoffe der Eigentumslogik entziehen und dann der Kooperation von Menschen zu überlassen, wobei niemand von diesen mehr über Machtstrukturen bestimmen kann, was mit einer Fläche geschehen soll. Mensch stelle sich das vor: Ein Innenhof, bei dem die Menschen, die dort wohnen, sich frei einigen können (ohne Regeln, HausbesitzerInnen usw.), wie sie ihn gestalten. Oder Freiflächen, Landschaft usw. um einen Ort. Wenn der Abbau von Rohstoffen immer voraussetzt, dass die Menschen dem zustimmen, werden sie sich für selbigen eher interessieren. Sie müssen immer gewonnen werden dafür, dass der Rohstoff genutzt wird – was umwelt- und menschenverträgliche Verfahren ihrer Gewinnung fördern wird. Die Angst, dass Menschen dann, wenn sie über ihre Umwelt Gestaltungsmacht haben, diese bis in letzte ausrauben, ist ein Märchen des Kapitalismus. Tatsächlich ist es der Verwertungszwang und die Existenz von Herrschaft selbst, der dazu führt – denn nur dann sind die Folgen von Umweltzerstörung auf andere, die nicht zustimmen müssen, abwälzbar. Eigentumsfreiheit auf Flächen und die kooperative Entscheidung von Menschen, was mit ihnen geschehen soll, bieten spannende, nicht kalkulierbare, aber eben gleichberechtigte Möglichkeiten, Umweltschutz als Vorschlag einzubringen und so zu formen, dass er mit anderen Interessen vereinbar ist. Solche Projekte können Anfänge einer Debatte um andere Strategien des Umweltschutzes ein, aber auch wieder der Auslöser zu visionären Diskussionen.

Theorie eines visionären Umweltschutzes

Aneignung von Flächen mit dem Zweck, Umweltschutz in die dann herrschaftsstrukturfreie Kooperation von Menschen gleichberechtigt einzubringen, fördert die Debatte um Visionen. Umweltschutz ist dann nicht länger ein Teil des als autoritär empfundenen Staates, sondern der Anfang von etwas Neuem. In den Idee des emanzipatorischer Umweltschutzes („Umweltschutz von unten„) werden die Menschen zu AkteurInnen. Die Straßen, Häuserblöcke und Landschaften müssen den Menschen gehören, die in ihnen leben. Niemand kann über Flächen und Orte bestimmen, ohne selbst betroffen zu sein. „Demokratisierung von Flächen- und Rohstoffverbrauch" (ständige Steigerung von Mitbestimmung) heißt das Gegenkonzept zu Ordnungsrecht oder dem kapitalistischen Instrument Ökosteuer. Vision ist eine Welt von unten. Die kleinen Schritte dahin bestehen aus konkreten Projekten, die die interesierten und betroffenen Menschen zu den EntscheiderInnen machen: Windanlagen, die den Menschen drumherum gehören (statt teurer Großanlagen ohne örtliche Akzeptanz), Stromnetze im Besitz der BürgerInnen, ökologische Bauernhöfe im Gemeinschaftsbesitz, lokale Ökonomien ohne Apparate, Selbstverwaltung ohne Parteien, Behörden, Vorstände und vieles mehr. www.projektwerkstatt.de/uvu.

Visionen debattieren

Mit allen Aktionen der Aneignung kann und sollte die Debatte um Visionen verbunden werden. Einmal bietet das konkrete Projekt Ansätze, denn die Frage des „Was ist, wenn alle das machen/das überall so wäre?" kommt schnell auf bzw. wird schnell von Außenstehenden gestellt. Darüber entsteht das Gespräch zu weitergehenden Entwicklungen und Utopien. Zudem lässt sich die Debatte auch selbst anzetteln:

- ★ Diskussions-, Info- oder Vortragsveranstaltungen, Workshops und Seminare im Zusammenhang mit dem konkreten Projekt oder auch losgelöst davon
- ★ Direkte Aktionen, die visionäre Positionen über das konkrete Projekt hinaus tragen, z.B. durch weitere symbolische Aneignungsaktionen (neben einem dauerbesetzten Haus immer mal wieder andere kurzzeitig besetzen, Gratisabteile in Zügen durchsetzen, herrschaftsfreie Zonen auf dem Marktplatz, wertfreie Zone im Kaufhaus zeitweise besetzen usw.)
- ★ Flugblätter, Broschüren, Zeitungen, Pressearbeit usw.
- ★ Auch Militanz kann (und sollte!) mit visionären

Positionen verbunden werden. Wer Banken, Polizeistationen, Zeitarbeitsfirmen, Gerichte, Patent- und Kreiswehrersatzämter bemalt, entglast oder thermisch entsorgt, muss die dahinterstehenden Ideen nicht im Ungewissen lassen oder sich auf die Kritik am Getroffenen beschränken. Denkbar ist, z.B. in BekennerInnenschreiben, auch die Thematisierung von Visionen – sei es allgemein für eine Gesellschaft ohne solche Einrichtungen oder für das konkrete Objekt mit der Thematisierung, was aus Gebäude oder Fläche gemacht werden kann, wenn der Ursprungszweck beendet würde.

Diskussionen und Text zu herrschaftsfreier Gesellschaft: www.herrschaftsfrei.de.vu.

Tipps für Flächenbesetzungen

Ein Golfplatz soll gebaut werden. Oder eine Autobahn. Die Aussaat auf einem Genversuchsfeld steht bevor. Morgen ist Spatenstich für ein neues umweltzerstörendes Großkraftwerk. Die grüne Wiese soll mal wieder zu einer Konsumfläche plus Parkplätzen werden. Diese und viele Gründe können für eine Besetzung sprechen.

Flächenbesetzungen sind ein Mittel neben mehreren anderen, Protest zu artikulieren. Sie bieten aber Chancen, die mit anderen Methoden nur schwer zu erreichen sind, weshalb sie in vielen der genannten oder ähnlichen Fällen als ein Teil vielfältiger Widerstandsmischungen dazugehören sollten. Diese sind u.a.

★ Sichtbares Zeichen als Erregungskorridor: Die besetzte Fläche, bunt und auffällig gestaltet bildet einen ständigen Aufmerksamkeitspunkt. Sie signalisiert, dass sich Widerstand erhebt, dass die Macht des Faktischen (also der Baubeginn, die Aussaat usw.) nicht einfach hingenommen wird. Das Nein wird vom Wort zur Tat. Ein bisschen Flair des gallischen Widerstandsdorfes zieht durch die Landschaft.

★ Ständiger Anlaufpunkt: Eine Flächenbesetzung ist ein offener, kommunikativer Punkt. Sie hat Schnittmengen zur nächtlichen Sabotage an Baustellen, Genversuchsfeldern oder Gebäuden, aber eben den entscheidenden Unterschied, dass sich die handelnden Menschen hier offen zeigen. Wer Unterstützung oder Kritik formulieren will, kann einfach hinkommen.

★ Die Flächenbesetzung ist gut verbindbar und erweiterbar durch Aktivitäten in den umgebenden Orten. Damit wird die Kommunikation weiter gestärkt, am besten verbunden mit freundlichen Einladungen, das Widerstandsdorf zu suchen.

★ Die besetzte Fläche schafft sofort eine hervorragende Infrastruktur am Ort des Geschehens. Oft fehlt die in der Nähe umkämpfter Objekte. Ständige Anfahrten, fehlendes Material usw. sind die Folge. Auf der besetzten Fläche können in Türmen, Zelten, Bauwägen oder Hütten Aktionsplattformen, Materiallager und Übernachtungsplätze entstehen.

Ökos wollten Gen-Feld besetzen

Polizei stoppte Aktion! Bekennerschreiben aufgetaucht

★ Foto- und telegen ist der besetzte Platz auch. Das bringt gute Chancen in Medien.

Beispiel: Gentechnikflächen in den 90er Jahren

Es gibt mehrere Gründe, warum die Kritik an Gentechnik gerade in Deutschland weit verbreitet ist. Einer ist, dass der Protest (ähnlich wie der gegen Atomkraft) widerständiger und direkter ausfiel als in vielen anderen Industrienationen. Hauptanteil daran hatten Feldbesetzungen. Ab 1992 wurden immer wieder Flächen vor der Aussaat erobert, mit Zelten, Bauwägen, Lock-ons und vor allem Türmen gesichert. Überall brach in den Tagen danach die Debatte aus, Veranstaltungen und Diskussionen füllten Hallen, schließlich spazierten jeden Abend viele, manchmal Hunderte von AnwohnerInnen auf das besetzte Feld mit Kuchen oder Kritik im Gepäck. Die offene Auseinandersetzung war nicht mehr aufzuhalten.

Einige der Felder wurden geräumt, aber die Aktion hatte Spuren hinterlassen. Vielfach wurden später die mit Polizeigewalt durchgesetzten Felder nachts zerstört mit breitem Applaus in der Region. Hessen wurde sogar ganz offiziell von den Gentechnikfirmen nach etlichen Besetzungen und Zerstörungen aufgegeben.

Doch das ist lange her. Direkte Aktion geriet in Vergessenheit, die professionellen Umweltverbände

übernahmen das Geschehen, druckten bunte Postkarten, Prospekte und aufblasbare Tomaten. Die Kontonummer vergaßen sie ebenso selten wie die Distanzierung von den bösen Zerstörungen und Besetzungen. Das Ergebnis konnte sich sehen lassen: Solch ein zahmer Protest reicht nicht. Mitte des folgenden Jahrzehnts waren Felder mit gentechnisch veränderten Pflanzen weit verbreitet. Erst jetzt rückte zaghaft die öffentliche, direkte Aktion wieder in den Vordergrund. Den Anfang machte 2005 die Kampagne Gendreck weg, die obwohl gewaltfrei und eher bürgerlich-zahm, den etablierten Verbänden schon zu weit ging. BUND und andere distanzierten sich im Akkord. Doch das hielt die Sache nicht auf. Ein Jahr später gelangen die ersten drei offenen Befreiungen: Oberhoihingen, Badingen, Gießen. Und 2007 versuchte eine Runde entschlossener Menschen in Groß Lüsewitz endlich wieder eine Feldbesetzung, die knapp, aber spektakulär scheiterte. Die Wirkung der 90er-Jahre-Aktionen konnte sie aber trotzdem wiederholen: Das Geschehen war tagelang Thema im nahen Dorf und die dortigen Gentechnikmafiosi vom Ag(g)ro-Biotechnikum gerieten unter Druck. Erklärten sie sonst immer ihre Gesprächsbereitschaft, schlossen sie sich nun in ihrem Palast ein …

Vorbereitung und Durchführung

Es lohnt sich, die in Frage kommenden Flächen und die Umgebung genauestens zu überprüfen. Nicht die Zahl von Laber- oder Bündnistreffen entscheidet über die Qualität der späteren Aktion, sondern die Aneignung von Know-How, das richtige Material und eine gute Kenntnis der Lage vor Ort. Kriterien bei der Auswahl der Fläche sind:

- ★ Nicht jede Fläche ist gleich wichtig. Auf großen Baustellen müssen die empfindlichen Stellen getroffen werden. Bei Genversuchsfeldern geht es um den richtigen Ort, weil meist nur ein kleiner Bereich der angemeldeten Flurstücke für die Gentec-Pflanzen vorgesehen ist. Gute Karten, Geländebeobachtung, Satellitenbilder aus dem Internet und raffinierte Anfragen auf der anderen Seite können die nötigen Informationen zusammenbringen.
- ★ Nicht jeder Punkt ist gleich geeignet. Manche Stellen sind besser zu verteidigen, weil kaum zugänglich, z.B. durch einen Graben vor Befahren geschützt. Andere sind besonders ungeeignet wegen unsicherer Bodenverhältnisse oder Stromtrassen.
- ★ Nicht jeder Punkt ist gleich sichtbar. Um später eine große Außenwirkung zu erzeugen, ist die Nähe zu Orten, Straßen, Wanderwegen oder Veranstaltungszentren wichtig.

Entscheidend sind auch die Zugänge. Je nach Art der Besetzung sind Befestigungen und Materialien sinnvoll, die die Räumung erschweren. Die aber müssen auch auf die Fläche gebracht werden. Wer einen hohen Turm aus Bäumen bauen will, muss einen Wald in der Nähe haben. Transportwege müssen gut gangbar, aber auch unbeobachtet sein. Gehören Wald oder Alleebäume zur besetzen Fläche, sind überhaupt erst Besetzungstechniken wie Baumhäuser möglich, andere wie Walkways (Stahldrähte zwischen Bäumen) möglich.

Strafrecht

Das Überraschende: Besetzungen allein sind meist gar nicht strafbar. Wenn die Fläche noch nicht genutzt und eingezäunt ist, wird es schwer, Hausfriedensbruch oder Sachbeschädigung zu konstruieren (versuchen werden es verfolgungswahnsinnige Uniformierte oder RobenträgerInnen aber oft schon). Erst nach der klaren Aufforderung, ein Gelände zu verlassen, kann Hausfriedensbruch geahndet werden.

Allerdings hilft Kreativität immer. Sollte das Gelände eingezäunt oder per Schild als Betreten verboten gekennzeichnet sein, so muss das Tor offen, der Zaun bzw. das Schild weg sein. Noch besser ist ein neues Schild „Tag der offenen Tür“ oder ähnlich, z.B. in der Nacht vorher angebracht. Wer das war: Keine Ahnung. Die Flächenbesetzis aber kamen erst, als der Zugang offenbar erlaubt war. Also kein Hausfriedensbruch. Klare Anweisungen können auch schnell unklar gemacht werden. So wurde auf einem besetzten Genfeld in Iba (Osthessen) vom Besitzer die zu räumende Fläche mit Sportplatzkreide gekennzeichnet. Am nächsten Morgen war die Linie verlegt – Stück für Stück abgetragen und woanders wieder aufgebracht …

Strafrechtliche Folgen entstehen eher im Umfeld, z.B. der Klassiker Widerstand gegen die Staatsgewalt (ein Uniformierter erzählt dem Richter, er sei geschubst worden …). Aber das kann auch beim Postkartenverteilen passieren. Wer den Mächtigen ein Dorn im Auge ist, bekommt deren schmutzige Tricks manchmal zu spüren. Wer ihnen kein Dorn

im Auge ist, na ja ... kann auch zu Hause bleiben. Ein Widerstandsdorf ist immer eine Mischung aus vielen Aktionsmethoden. Damit die Besetzung auch eine Weile hält, sollten Befestigungsideen immer eine Rolle spielen. Rundherum aber ist alles möglich von der Party über Gratisessen, gute Flugblätter, Fakes der Gegenseite, eine eigene Gegendemonstration gegen sich selbst bis zu nächtlichen Ausflügen in die Umgebung voller Plakate, Schilder, Institutionen und Firmen. Zwei besondere technische Befestigungen sollen etwas ausführlicher vorgestellt werden. Für eine konkrete Durchführung reicht das nicht, aber als Einstieg. Genauere Informationen finden sich im Internet und in der Blockadefibel (www.aktionsversand.de.vu). Außerdem heißt es: Üben, üben, üben! Denn auf der Fläche soll es schnell und unauffällig gehen. Die Sachen müssen stehen, bevor die Uniformierten ihre parteiischen Gegenaktion starten und Baustellen, Autobahnen, Genversuchsfelder zu retten versuchen ...

Genauere Texte zum Bau von Türmen, Tripods und Lock-ons finden sich im Direct-Action-Kalender 2008 und auf den Extra-Seiten zu Besetzungen auf www.direct-action.de.vu

Naturschutz von unten!
Ein neuer Naturschutz mit den Menschen

Der Verordnungsnaturschutz stößt heute an seine Grenzen. Dies liegt zum einen in der Naturschutzverwaltung selber begründet. Die strukturellen Probleme der Naturschutzverwaltung liegen in deren Kompetenzverhältnis zu anderen Verwaltungen, Personal und Mittelausstattung begründet (z.B. plant die Naturschutzverwaltung eben keine Straßen, auch wenn diese durch Naturschutzgebiete führen, sie hat nur Einspruchsrecht). Insgesamt kommt der Naturschutzverwaltung damit die Rolle von Zaungästen zu, die große Politik machen andere. Auch Detailänderungen bringen hier meist keine nennenswerten Verbesserungen. ABMaßnahmen, personelle Umstrukturierungen oder Verschiebung der Zuständigkeiten von Kreis auf Landesebene oder umgekehrt ändern nichts an diesem Dilemma. Vor Ort (vor allem in Gemeinden kleiner als 20.000 EinwohnerInnen), wo die meisten für die Landnutzung wichtigen Entscheidungen fallen, ist meist gar keine Naturschutzverwaltung vorhanden oder es gibt nur einzelne Naturschutzbeauftragte, die meist wenig Durchsetzungsvermögen besitzen. Ganz zu schweigen von ausreichend Finanzmitteln, um einen wirkungsvollen Naturschutz vor Ort aufzubauen. Naturschutz verkommt so zu einem Feigenblatt für eine auf Umweltzerstörung basierende Politik.

Das zweite ist ein Akzeptanzproblem. Konnte sich die Verwaltung noch in den achtziger Jahren auf eine starke ehrenamtliche Naturschutzlobby berufen, so ist sie heute fast auf sich allein gestellt. Sie stößt daher immer mehr an ihre Grenzen, da sich andere Verwaltungen besser durchsetzen können (mehr LobbyistInnen) und von vornherein mit weitreichenderen Befugnissen ausgestattet sind. Vor Ort stößt das Handeln der Naturschutzverwaltungen zunehmend auf Widerstand und Unverständnis der BürgerInnen und LandnutzerInnen. Natürlich wird die Angst vor dem Naturschutz aus bestimmten politischen Kreisen gezielt geschürt, aber sie hat auch ihre berechtigten Ursachen, die wir NaturschützerInnen nicht leichtfertig abtun können:

- ✓ Wertminderung des eigenen Grund und Bodens bei Unterschutzstellung
- ✓ Einschränkung bisher bestehender Rechte, ohne selber Einfluss darauf zu haben
- ✓ Weiterer Verlust von Arbeitsplätzen und Betriebsschließungen in sowieso schon gebeutelten Branchen, wie Fischerei und Landwirtschaft
- ✓ Psychologisch: nicht mehr „Herr" über das eigene Land zu sein.

Sicher kann der Naturschutz nicht Fehlentwicklungen in anderen Bereichen (z.B. Landwirtschaftspolitik der EU, Verkehrsplanungen) allein verantwortlich gemacht werden, aber er muss hier stärker seine Rechte einfordern und vor allem tragfähige Alternativen aufzeigen. Das Akzeptanzproblem des Naturschutzes ist mittlerweile allgemein bekannt, doch sind die bisherigen Maßnahmen dagegen halbherzig und inkonsequent, sie versuchen nur den festgefahrenen Verordnungsnaturschutz durch professionelle Information, Mediation, Moderation, Agenda-Arbeit usw. den Menschen vor Ort schmackhaft zu machen. Ein Überdenken des bisherigen Verordnungsnaturschutzes sucht mensch dagegen vergeblich.

Neue Wege im Naturschutz

Dabei brauchen wir ganz neue Wege im Naturschutz. Es kann nicht Ziel des Naturschutzes sein, möglichst viel Verwaltung, Bürokratie und Gesetze aufzubauen. Dies kann zwar kurzfristig einzelne Gebiete und Arten retten, jedoch langfristig kaum aufrecht zu erhalten sein (siehe Konflikte um die Nationalparks). Denn die Menschen vor Ort werden nicht verstehen, warum in der Wirtschaft immer mehr auf Deregulierung gesetzt wird und im Naturschutz die Bestimmungen immer bürokratischer werden. Auch wenn an vielen Stellen direktdemokratische Elemente etabliert werden, die Menschen vor Ort aber einer immer mehr bevormundenden Verwaltung ausgesetzt sind. So entsteht eine ablehnende Haltung gegenüber dem Naturschutz, die am Ende zu weniger oder gar keinem Naturschutz führt. Die Konsequenz für den Naturschutz wäre: Naturschutz müsste mit Polizeigewalt durchgesetzt werden (Ranger und ähnliches sind ja schon ein Schritt in diese Richtung, der NABU HH fordert z.B. den Einsatz von Polizei in Naturschutzgebieten), dann wären wir auf dem besten Wege in die „Ökodiktatur" …

Demokratisierung des Naturschutzes

Alle gesellschaftlichen Bereiche müssen demokatisiert werden. Doch muss der Naturschutz darauf nicht warten, er kann auch eigenständig demokratisiert werden und damit am Ende sogar mehr und vor allem dauerhafter Naturschutz umsetzen. Selbst eine rein auf Naturschutzfragen beschränkte Demokratisierung würde Probleme lösen helfen. Denn Entscheidungen, die gemeinsam von allen Menschen einer Region erarbeitet und getroffen wurden, werden erfahrungsgemäß lange mitgetragen und auch umgesetzt. Ein Naturschutz, der auf demokratischen Entscheidungen vor Ort und freiwilligen Vereinbarungen beruht, basiert auf der Überzeugung der Menschen vor Ort. Ziel des Naturschutzes sollte es also sein, die Menschen vor Ort selber über die Nutzung ihrer Landschaft entscheiden zu lassen. Dies sollten aber nicht nur die GrundbesitzerInnen, die Gemeindeverwaltung oder gar irgendwelche FunktionärInnen-Grüppchen alleine tun, sondern immer die betroffenen EinwohnerInnen. Dabei haben alle AnwohnerInnen das gleiche Recht, Entscheidungen fallen im allgemeinen im Konsens. Wenn kein Konsens zu erzielen ist, entscheidet die Mehrheit. Gesellschaftliche Minderheiten müssen speziell berücksichtigt werden. Grundbesitz-/ nutzerInner sollten Änderungswünsche ihrer Nutzung zur Abstimmung stellen. Sie sollten nicht mehr Rechte haben, Luft und Böden zu verschmutzen, als andere Menschen. Sicher wäre es so schwierig, ganze Nationalparks oder auch Naturschutzgebiete auszuweisen, weil immer irgendwelche NutzerInnen Bedenken anmelden würden. Wenn dieses Konzept so umgesetzt werden würde, bräuchten wir allerdings auch keinen Nationalpark mehr. Und es gäbe dann weniger Kristal-

www.vortragsangebote.de.vu

Ihr wollt eine Diskussion, einen Workshop oder ein Seminar machen? Und sucht Referent_innen, Trainer_innen ...? Dann guckt Euch mal die Themenliste auf www.vortragsangebote.de.vu an: Von Trainings zu kreativem Widerstand über Workshops zu Hierarchieabbau oder politischen Themen wie Demokratiekritik, Herrschaftsfreiheit oder Umweltschutz von unten bis zu den legendären Ton-Bilder-Schauen oder Filmen ist da viel zu finden. Meldet euch bei Interesse in der Projektwerkstatt: 06401/903283 oder saasen@projektwerkstatt.de.

lisationspunkte, an denen sich Konflikte aufschaukeln könnten. Auf Dauer könnte so ein Naturschutz wachsen, der auf Einsicht und demokratischer Entscheidung und nicht auf Druck von oben beruht.

Konkrete Schritte zur Umsetzung

Freiwillige Vereinbarungen: Ganz einfach und ohne größere Anstrengungen könnte der Naturschutz auf der Basis freiwilliger Vereinbarungen intensiviert werden. Hierzu gibt es einerseits die staatlichen Möglichkeiten des Vertragsnaturschutzes, andererseits können sich freiwillige Vereinbarungen auch auf Flächentausch, gemeinsame Vermarktung, Erzeuger-Verbrauchergemeinschaften, Güllebörsen oder Wasserstandsregulierungen beziehen. Hierzu müssen alle AkteurInnen von der Notwendigkeit der Maßnahme überzeugt werden. Dies geht meist nur durch direkten Kontakt mit den Betroffenen und in persönlichen Gesprächen. Ist eine Maßnahme erstmal gut angelaufen, werden sich andere anschließen.
Dieser erste Schritt ist unabhängig von einer veränderten Struktur der Naturschutzverwaltung sofort möglich und wird auch an vielen Stellen in Ansätzen praktiziert. Allerdings bewirkt der Verordnungsnaturschutz ein sehr schlechtes Image des Naturschutzes, was eine gewisse Skepsis bei vielen NutzerInnen gegenüber solchen Vorhaben bewirkt hat. Insofern wird dieser Schritt alleine kaum Verbesserungen bringen, erst in Verbindung mit den folgenden Schritten können sich freiwillige Vereinbarungen voll entfalten. Flächenankäufe sind zwar auch freiwillige Vereinbarungen, aber sie sind auf Dauer sehr teuer, weil neben dem Grunderwerb noch die Pflege dieser Flächen auf Dauer zu Buche schlägt. Nutzt der Landwirt die Fläche, fallen beide Kosten nicht an. Nur Ausgleichszahlungen für Nutzungsbeschränkungen müssten im Einzelfall ausgehandelt werden. Weiterhin spricht gegen Flächenaufkäufe, dass hier meist kleine und auf Grenzertragsböden wirtschaftende Betriebe Flächen abgeben und Großbetriebe immer größer werden. Der Aufkauf von Flächen unterstützt also die Konzentration der landwirtschaftlichen Betriebe und führt auf Dauer zur weiteren Vernichtung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft.
Einrichtung geeigneter Strukturen vor Ort: Naturschutz ist Basisarbeit, er findet vor allem an konkreten Projekten vor Ort statt. Naturschutz von unten muss also auch alle wichtigen Entscheidungen vor Ort selber fällen können. Eine elementare Voraussetzung für eine Demokratisierung des Naturschutzes ist daher die Einrichtung von BürgerInnenversammlungen, Naturschutzstationen, Naturschutz AGs oder regionalen Umweltzentren. Alle Einrichtungen sollten für alle BürgerInnen offen sein und aus ihnen selber entstehen, also nicht von oben eingesetzt oder vorgeschrieben werden.
Besonders geeignet erscheinen aus den bisherigen Erfahrungen die Naturschutzstationen oder Ökologischen Stationen, weil sie eineN festeN AnsprechpartnerIn in Sachen Naturschutz, an die sich die Bevölkerung wenden kann, darstellen (vergleichbar mit einer Kirchengemeinde). Die Naturschutzstation hat ein offenes Ohr für die Probleme der Menschen vor Ort und hat aber gleichzeitig die finanzielle und organisatorische Ausstattung, sich für die Belange des Naturschutzes einzusetzen, Projekte zu initiieren und Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Die Naturschutzstationen haben ihr Ziel im Namen verankert und unterliegen nicht dem Druck von oben oder dem Zwang, Mehrheiten zu repräsentieren. Sollten also bestimmte Naturschutzvorhaben gerade nicht durchsetzbar sein, wird die Naturschutzstation noch mehr Menschen davon überzeugen müssen. Ihr Erfolg hängt direkt damit zusammen, wie sie Menschen überzeugen kann.
Übergabe von Kompetenzen: Der nächste Schritt sollte die Übergabe von staatlichen Kompetenzen sein. Hier könnte der Anfang mit dem Vertragsnaturschutz gemacht werden, der schon jetzt in einigen Biologischen Stationen verwaltet wird. Anzustreben wäre aber auch, daß Kompetenzen für die Ausweisung von Schutzgebieten, Planungen oder die Mittelvergabe vor Ort geregelt werden. Hierzu wären sicher auch Gesetzesänderungen nötig.
Auflösung von Verwaltungsstrukturen: Die Auflösung von Verwaltungsstrukturen ist auf Dauer eine der wichtigsten Voraussetzung dafür, dass Naturschutz von unten wachsen kann. Die Serviceleistungen der Naturschutzverwaltungen, wie z.B. Erfassung von Daten über Tier- und Pflanzenarten oder die Betreuung von Schutzgebieten könnten auch von Naturschutzstationen vor Ort übernommen werden. Überregionale Anliegen könnten von einzelnen Stationen übernommen werden (z.B. Wiesenvogelschutz übernimmt die Naturschutzstation, in einer Region mit einem hohen Wiesenvogelanteil). Eine Umstrukturierung der Naturschutzverwaltung hinein in die regionalen Strukturen (Stationen, Beauftragte) wäre nicht sinnvoll, da die bestehenden Feindschaften einfach weiter bestehen und kein echter Neuanfang möglich wäre.

Ziel: Demokratisierung in allen Bereichen

Neben den Naturschutzbereichen sollten auf Dauer alle den Landschaftsverbrauch betreffenden Entscheidungen (Straßenbau, Kiesabbau, Siedlungs-

bau, usw.) vor Ort gefällt werden. Dies würde den Naturschutz aufwerten, weil er nicht mehr übergeordneten Planungen unterzuordnen wäre. Sicher wäre es schwieriger, Großprojekte, wie Autobahnen oder den Transrapid durchzusetzen. Dies ist im Interesse des Naturschutzes. Gibt es allerdings einen echten Bedarf für ein Großprojekt, kann dies auch mit direkt-demokratischen Prozessen eine Chance haben, es würde dann aber von breiten Bevölkerungsteilen getragen und deren Belange in die Planung integriert.

Dauerhafte Ziele des Naturschutzes

Natürlich sollte ein Naturschutz von unten nicht beliebig sein und allen Konflikten ausweichen. Er sollte klare Ziele formulieren (im Rahmen regionaler BürgerInnenforen) und diese dann mit den Menschen umsetzen. Aufgabe einer Naturschutzstation wäre, hier immer wieder gleichberechtigt die Belange des Naturschutzes einzubringen. Die Umsetzung erfolgt wie oben beschrieben durch Kooperation und Mehrheitsentscheide. Folgende Ziele wären z.B. aus naturschutzfachlicher Sicht anzustreben:

- ✓ mindestens 15% Naturschutzfläche oder „Wildnis“
- ✓ Reaktivierung alter Nutzungsformen mit der dazugehörigen Vermarktungsstruktur
- ✓ Direktvermarktung und Ökolandbau
- ✓ Erhaltung bzw. Wiederherstellung von Kleinstrukturen (Knicks, Feldgehölze, Tümpel, usw.)
- ✓ Wiederherstellung des natürlichen Wasserregimes.

All diese Dinge können aber nicht auf einmal umgesetzt werden, sondern bedürfen der Überzeugung aller Beteiligten, hier spielt die Naturschutzstation eine wichtige Rolle. Trotzdem sollten diese und noch weitere Ziele möglichst von Anfang an klar benannt und einvernehmlich umgesetzt werden.

Buchtipp: Unter dem Titel „Agenda, Expo, Sponsoring – Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit“ ist im April 1999 im IKO-Verlag der Band 2 erschienen, in dem die Ideen und Strategien ausgeführt werden. Für 20 Euro auf www.aktionsversand.de.vu.

Archive, Projekt- & Gruppenräume
Tagungshaus für politische Gruppen
und alle anderen kreativen Menschen mit ihren Ideen und Initiativen

Das Tagungshaus, das optimal auf politische Aktionsgruppen zugeschnitten ist ...
... für Seminare und Kurse
... für Projekttreffen
... für Aktionsvorbereitungen

Genutzt werden können:
... Tagungshaus mit 20 Betten (plus Platz für Isomatten)
... Mehrere Seminarräume
... Selbstversorgungsküche
... Auf Wunsch: Lebensmittelbereitstellung
... Projekträume für Film- und Tonschnitt, Theater, Direct-Action
... Projektoren, Kopierer, Computer usw.
... Politische Archive und Bibliotheken
... Kinder-Spiel- und Chaos-Ecke
... Schallgeschützter Feten-/Übungsraum
... Werkzeug für Holz, Metall, Fahrräder, Elektr(on)ik
... Hof und Garten, aufbaubares Gruppenzelt

Bei den Kosten lassen wir mit uns handeln: Übernachtungspreis nach Selbsteinschätzung (Richtwert: 6-10 €/Nacht und Person), Essensbereitstellung für 4-7 €/Tag. Anfahrt: Bahnhof „Saasen“ (5min Fußweg), Raststätte an A5 (zum Trampen, 45min), Radwege „R7“ und (nahe) „R6“.

Mehr Infos über www.projektwerkstatt.de/seminarhaus oder einfach vor Ort angucken!

Vom Radieschen zur Revolution?

Wann wird Gärtnern politisch? Die einfachste Antwort auf diese Frage liegt buchstäblich auf der Hand: in Form des Radieschens, das einen kleinen Teil zur Selbstversorgung beiträgt. Wer Essen selbst erntet, muss es nicht kaufen. Doch Selbstversorgung hat ihre Grenzen – gerade in der Stadt ist es nahezu unmöglich, sich komplett selbst zu versorgen. Daneben bleibt fraglich, ob die Idee einer autarken Wirtschaftsweise schon für sich eine wünschenswerte Utopie ist. Endet die Revolution im Garten also beim Radieschen?

Bei einem „besetzten" Stück Land, also einer Fläche, die ohne Erlaubnis der Eigentümerin zum Garten umgestaltet wird ist dies noch relativ klar: "Wenn das alle machen würden.."- dann würde die Idee vom „Eigentum an Land" stark ins Wanken geraten.

Doch: häufig hat gar niemand etwas dagegen, wenn Brachflächen „verschönert" werden. Unter Umständen lässt sich sogar Unterstützung vom Eigentümer oder der Stadt bekommen. Was dann? Wie kann gerade ein legaler Garten politisch aktiv sein?

Hier heißt es, gerade auch einen legalen Garten als politischen Freiraum zu begreifen, in dem versucht wird, Elemente einer herrschaftsfreieren Gesellschaft bereits zu leben, und von dem aus ein Kampf gegen die Verhältnisse besser möglich wird. Was aber heißt das in einem Garten?

Eigentumslogik entziehen

Das kann heißen, den Garten so weit wie möglich der Eigentumslogik zu entziehen.

Wenn niemand als EigentümerIn das letzte Wort haben kann, sind auch alle NutzerInnen gleichberechtigt. So ist es viel leichter, auftretende Konflikte kooperativ zu lösen, da sich niemand auf „sein Eigentum" berufen kann. Solch Niemandseigentum ist noch Utopie. Dem lässt sich nicht nur durch eine Besetzung näherkommen, sondern auch mit rechtlichen Konstruktionen. Das versuchen zum Beispiel die Stiftung Freiräume (www.stiftung-freiraeume. de.vu) und das Mietshäuser-Syndikat (www.syndikat.org). Doch nicht nur Rechtskonstruktionen sind wichtig, sondern der Gartenalltag, auch in bereits bestehenden Gartensparten: weg von umzäunten Mini-Parzellen hin zu einer gemeinschaftlichen Nutzung. Das muss nicht heißen „jedeR kümmert sich um alles". Dieser Ansatz endet leider meist darin, dass niemand etwas macht. Ideal wäre eine Mischung: klare, selbstbestimmte Verantwortlichkeiten, ein bunter Mix aus individuell beackerten Beeten und Gemeinschaftsflächen. Wichtig ist, dass es immer möglich ist, zu verhandeln, wer welche Flächen wie nutzt. In einem Garten ist dies günstigerweise die Zeit nach der Ernte oder vor der Saat.

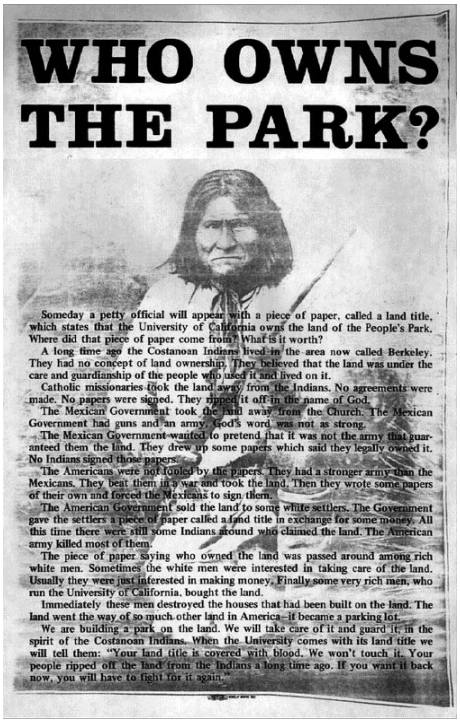
Wichtig ist es, hierfür so weit wie möglich Transparenz zu schaffen. Eine zentrale Infowand mit Grundriss, auf der einzelne einzeichnen, was sie dort machen wollen; kleine Schildchen an Beeten, wer sich gerade drum kümmert; eine Gartenvolxküche zum gemeinsamen Austausch… Möglichkeiten hierfür gibt es viele.

Interne Hierarchien

Den Garten als Freiraum zu nutzen, heißt natürlich auch, Hierarchien unter den GärtnerInnen möglichst abzubauen. Es ist offensichtlich, daß ein Verein da keine geeignete Organisationsform ist. Aber selbst der Eindruck, dass ein Garten von einer „festen Gartengruppe" besessen wird, kann abschreckend wirken, und schafft eine Hierarchie zwischen „Gruppenmitgliedern" und „Außenwelt". Je offener der Garten ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass der Garten von vielen unterschiedlichen Menschen genutzt wird – umso wichtiger wird es aber auch,

auf andere zuzugehen, und eine gewisse Verbindlichkeit in Absprachen einzuhalten. Eine „feste Gruppe“ wirkt wie ein Gartenzaun: beides ist eine deutliche Abgrenzung. Das kann unter Umständen sinnvoll sein, um sich vor unachtsamen Betrunkenen, querparkenden Autos und gassigehenden HundebesitzerInnen zu schützen. Die Abgrenzung wirkt aber gerade dadurch, dass sie an die Eigentumslogik anknüpft, wie auch ein Zaun immer vermittelt: „Achtung, dieses Stück Land gehört jemandem.“ Konsequenter ist es, sich die Offenheit zu bewahren, und Probleme kommunikativ und nicht durch Abgrenzungen zu lösen. Das ist auch viel praktischer: sympathisierende NachbarInnen schützen einen Garten um vieles besser als ein Gartenzaun.

Um Missverständnissen vorzubeugen: ein ‚politischer' Garten ist nicht der, in dem alle NutzerInnen eine Liste von politischen Forderungen unterschreiben, oder täglich eine schwarzrote Fahne gehisst wird. „Politisch“ heißt zuerst einmal, dass politische Ziele, wie der Kampf gegen Herrschaft sich auch in der Struktur des Gartens widerspiegeln. Zum Beispiel: niemand sollte für den Garten als Ganzes sprechen können. Der Garten dient für alle Beteiligten nur als Plattform. Alle haben die gleichen Möglichkeiten auf seine Ressourcen zuzugreifen. Konkret: ein anarchistisches Manifest, das „der Garten“ veröffentlicht, ist schon darum zweifelhaft, weil es eine gemeinsame Identität schafft, und Unterschiede glattbügelt. Wichtiger als ein geschlossenes politisches Auftreten ist eine offene lebhafte Debatte. Das bedeutet nicht, dass das anarchistische Gartenmanifest nicht veröffentlicht werden soll, aber eben nicht als „Gesamtmeinung“ sondern als ein Standpunkt. Die gleichen Möglichkeiten stehen allerdings auch einem eher konservativen Gegenmanifest zu, das an der Infowand daneben aushängt, und ebenso Reaktionen darauf.


WHO OWNS THE PARK?

Someday a petty official will appear with a piece of paper, called a land title, which states that the University of California owns the land of the People's Park. Where did that piece of paper come from? What is it worth?

A long time ago the Costanoan Indians lived in the area now called Berkeley. They had no concept of land ownership. They believed that the land was under the care and guardianship of the people who used it and lived on it.

Catholic missionaries took the land away from the Indians. No agreements were made. No papers were signed. They ripped it off in the name of God.

The Mexican Government took the land away from the Church. The Mexican Government had guns and an army. God's word was not as strong.

The Mexican Government wanted to pretend that it was not the army that guaranteed them the land. They drew up some papers which said they legally owned it. No Indians signed those papers.

The Americans were not fooled by the papers. They had a stronger army than the Mexicans. They beat them in a war and took the land. Then they wrote some papers of their own and forced the Mexicans to sign them.

The American Government sold the land to some white settlers. The Government gave the settlers a piece of paper called a land title in exchange for some money. All this time there were still some Indians around who claimed the land. The American army killed most of them.

The piece of paper saying who owned the land was passed around among rich white men. Sometimes the white men were interested in taking care of the land. Usually they were just interested in making money. Finally some very rich men, who run the University of California, bought the land.

Immediately these men destroyed the houses that had been built on the land. The land went the way of so much other land in America- it became a parking lot.

We are building a park on the land. We will take care of it and guard it, in the spirit of the Costanoan Indians. When the University comes with its land title we will tell them: "Your land title is covered with blood. We won't touch it. Your people ripped off the land from the Indians a long time ago. If you want it back now, you will have to fight for it again."

Die Dynamik einer solchen Diskussionskultur ermöglicht es, auch in ganz praktischen Fragen zu viel interessanteren Ergebnissen zu kommen, als wenn Einzelne die Dinge aus gutem Willem vorentscheiden. Oft sind gerade die politisch Aktiven hierfür anfällig. Doch: politische Ansprüche beweisen sich in der Praxis.

Natürlich heißt das nicht, dass mensch jedes Verhalten erleiden muss. Viel konsequenter ist es aber, auf sexistisches Verhalten (oder lärmendes Biertrinken oder Beleidigungen) direkt einzugehen, und den Handelnden darauf anzusprechen, als hinterher einen „Ausschluss“ zu fordern. In der Debatte sollten Herrschaftsmittel wie „Ausschluß“ aus dem Garten selbst ausgeschlossen sein, da sie das herrschaftsförmige Handeln nur auf anderer Ebene wiederholen. An deren Stelle tritt die direkte Kommunikation.

Kommunikation

Ein Garten kann zum Ort der Kommunikation werden. Das ergibt sich häufig wie von selbst, schon dadurch dass AnwohnerInnen auf ein Gespräch in den Garten kommen. Manchmal treffen Welten aufeinander ... Spannend ist es, diese Kommunikation ganz bewusst zu fördern. Das geht schon los mit einer frei zugänglichen Sitzecke im Grünen, muss da aber nicht enden.

So beackern in Göttingen MigrantInnen (oft Kriegsflüchtlinge) und Deutsche gemeinsam mittlerweile vier „Internationale Gärten“.

Politisch ist solch ein Ort der Kommunikation auf zweierlei Weise: einmal können Menschen, die von der Gesellschaft an den Rand gedrängt werden, hier wieder einen Raum finden. Zum anderen kann der Garten die Selbstorganisation im Stadtteil unterstützen. Wo selbstbestimmte Strukturen bestehen, ist es viel leichter auch weitere Schritte zu gehen: ob beim Aufbau eines Umsonstladens oder bei der Bildung von Initiativen gegen den Bau einer neuen Straße. Politisch wird ein Garten insbesonde-

re auch durch die Verknüpfung mit anderen Projekten: wenn eine Vielzahl von Projekten (ob Gärten, besetzte Häuser, Food-Coops oder politische Gruppen) existiert, die auf vielfältige Weise kooperieren, werden diese viel eher, und vor allem viel glaubwürdiger als realistische Elemente einer anderen Gesellschaft wahrgenommen.

Gefahren

Abgesehen von widerspenstigen „Eigentümern" gibt es für eher dauerhaft angelegte Projekte vor allem drei Gefahren: das Einschlafen, das Abkapseln und die politische Anpassung.

Die Euphorie am Anfang eines Gartens, besonders einer Gartenbesetzung ist häufig groß, läßt jedoch in der Regel nach ein paar Monaten Umgraben und Unkrautzupfen stark nach. Spätestens, wenn in der Sommerhitze keineR daran denkt zu gießen, ist der Garten hin.

Sich zu Beginn darüber auszutauschen, wer welche Interessen hat, und klare Absprachen zu treffen, kann dabei helfen Motivationstiefs zu überwinden. Und nicht zu vergessen: das Feiern im Garten. Der Garten ist schließlich nicht nur zum Arbeiten, sondern auch zum Genießen da.

Wenn ein Garten länger besteht, ist die Gefahr des Abkapselns sehr groß. Die GärtnerInnen kennen sich gegenseitig besser, vergessen Außenwelt und politische Ansprüche, bis der Blick nicht mal über das eigene Möhrenbeet hinausreicht.

Doch auch ein politisch aktiver Garten ist vor Anpassung nicht gefeit. Das Beispiel der Internationalen Gärten zeigt, wie etablierte Politik es schafft, ein gutes Projekt zu vereinnahmen. Das kann mit geldwerten Auszeichnungen verbunden sein, die in der Tat eine recht praktische Hilfe im Projekt sind. Groß ist aber die Gefahr, davon abhängig zu werden, oder gar zum Aushängeschild des maroden Staates zu werden. Wichtiger aber als alles Geld ist Autonomie. Geld wird da in der Regel kaum gebraucht, wo ein Projekt breite Unterstützung erfährt. Auch und gerade in einem politischen Garten kann es nie nur um den Garten selbst gehen. Allein ist er viel zu schnell von den eben beschriebenen Gefahren betroffen. Doch wenn hinter einem Garten eine lebendige soziale Struktur steht, so wird es selbst bei einer Räumung immer wieder möglich sein, einen Garten zu besetzen. Die Geschichte der jahr(zehnt)elangen Auseinandersetzungen um den „people's park" in Berkeley ist ein Beispiel dafür (Fotos bei: www.peoplespark.org). Wer sich aber vor lauter Angst um seine Möhren an Eigentumsrechte zu klammern versucht, gibt jeden politischen Anspruch von vornherein auf.

Damit diese politische Wahrnehmung auch greift, ist ein weiteres Element wichtig: die offensive politische Vermittlung. Damit ist (s.o.) wieder nicht gemeint, dass der Garten als Ganzes politisch geschlossen auftreten sollte. Der Garten sollte nur alle Möglichkeiten zur politischen Auseinandersetzung bieten. Nutzen wir sie!

Politische Inhalte

Inhalte, die sich mit einem Garten gut verknüpfen lassen, sind vielfältig:

Stadtökologie und Naturpädagogik zum Beispiel stehen im Zentrum der Arbeit des Leipziger Stadtgartens Connewitz, der Seminare und Führungen dazu anbietet. (www.oekoloewe.de/stadtgarten.php4)

Auch die Verbindung zu Themen wie Gentechnik, Artenvielfalt und industrieller Landwirtschaft ergibt sich leicht. Bei der Verwendung von Saatgut seltener Kulturpflanzen kann diese Verbindung sehr greifbar werden.

- www.inka-ev.de
- www.nutzpflanzenvielfalt.de

Gerade Themen, die eher fern zu liegen scheinen, sollten nicht gescheut werden. Ob über Landlosenbewegungen in Lateinamerika oder Aneignung – das Publikum wird zu einem Infoabend in einem Garten ein ganz anderes als in einem Autonomen Zentrum sein. Ein Garten kann ein guter Einstieg sein: wer einen Garten besetzt, wird auch einem besetzten Haus gegenüber aufgeschlossener sein. Last but not least: gesellschaftliche Visionen. Das Radieschenbeet ist zwar nur ein winziger Schritt der Aneignung der Produktionsmittel. Doch wenn es gelingt, zu vermitteln, dass es sich lohnt, sich mit dem Radieschen nicht zufrieden zu geben, dann wird auch die Revolution denkbar.

www.umwelt-und-emanzipation.de.vu

Umweltschutz-von-unten-Seiten im Web!

Bücher zu Widerstand & Vision

9 quadratische Büchlein zu Politik-Theorie je 3,- €
Theorie, Analyse, kritische Hintergründe, konkrete Utopien füllen die kompakt geschriebenen Bände. Themen: Demokratiekritik ++ Herrschaft ++ Gefangen (Knastkritik) ++ Gewalt ++ Offene Räume ++ Gentechnik und Macht ++ Macht und Umwelt ++ Kritik an vereinfachten Welterklärungen ++ Konsumkritik-Kritik. 56, 64 oder 72 S. Ab 3 St. 2,50 €, ab 10 St. 2 €.

Demokratie. 14 €
Die Herrschaft des Volkes. Eine Abrechnung
Demokratie ist zur Zeit das Lieblingsthema fast aller politischen Klassen, Strömungen, Parteien, sozialen Bewegungen und internationaler Politik. Mit seinem Buch will der Autor Keile in die Harmonie treiben: Ist Herrschaft des Volkes wirklich etwas so Gutes? 208 S.

Reich oder rechts 22,80 €
Umweltgruppen und NGOs im Filz mit Staat, Markt und rechter Ideologie: Wer vertritt welche Konzepte, erhält welche Gelder? Wo sitzen Parteileute in Gremien, wie werden Entscheidungen durchgesetzt? Wo sind Schnittstellen zu rechten oder esoterischen Gruppen? A5, 300 S. Ab 3 St.: 18 €, ab 10 St. 15 €.

Nachhaltig, modern, staatstreu? 14,- €
Staats- und Marktorientierung aktueller Konzepte von Agenda 21 bis Tobin Tax:. Eine schonungslose Kritik von NGOs bis linksradikalen Positionen. A5, 220 S. Ab 3 St.: 11 €, ab 10 St. 9 €.

Freie Menschen in Freien Vereinbarungen: Gegenbilder zu Verwertung, Herrschaft und Kapitalismus – Theorie der Herrschaftsfreiheit, Selbstorganisierung, Selbstentfaltung, Mensch-Natur-Verhältnis, emanzipatorische Bewegung. 354 S., A5. 14 €

Reader zu Ökonomie&Ökologie, Antirepression, Selbstorganisierung, Hierrachieabbau, Aktionstipps. A4, je ca. 70 S.&6 €.
Aktionsmappe Umwelt, Tipps zur konkreten Arbeit vor Ort: Organisation, Recht, Aktionstipps, Finanzen. A4-Ordner. 15 €
Das System ist schuld. Umweltzerstörung und die Ursachen. A5, 24 S., 1 €.
Blockadefibel – Tipps für Blockaden, Lockon, Besetzungen ... A5, 52 S., 2 €.
Food-Koop-Handbuch. Tipps für Gründung, Rechtliches. A5, 110 S., 8 €.
Autonomie & Kooperation. Buch zu herrschaftsfreien Utopien, u.a. Kapitel Alternativen zur Strafe. A5, 200 S., 14 €
Romane zu konkreten Zukünften. Die Aliens sind unter uns, Suizidalien, Hinter den Laboren. Taschenbuch, 10 €
Anarchie. Bestandsaufnahme im deutschsprachigen Raum. 408 S., 6 €

Monsanto auf Deutsch 18 €
Die Enzyklopädie der Seilschaften in der Agro-Gentechnik: Behörden, Firmen, Lobbyverbände, Forschung undParteien. Dazu Kapitel über die Koexistenz-Lüge, Propaganda und Repression.
Ab 3 St.: 12 €, ab 10 St. 10 €.

Strafe – Recht auf Gewalt 4,- €
Ein aufrüttelndes Buch mit Texten und Thesen zur Kritik an Strafe sowie mehreren Interviews mit RechtsanwältInnen, RichterInnen, Gefangenen und Knast-Kritikern. Ab 3 St.: 3 €, ab 10 Stück 2,50 €.

Strafanstalt. Einblicke in den Knast: Fotos und Texte, die hinter den Mauern entstanden sind und den Alltag dort zeigen. Umrahmt von Texten zu Kritik an Strafe und Alternativen. 110 S., Großformat, 14 €.

Tatort Gutfleischstraße. Sammlung beeindruckender Blicke hinter die Kulissen von Polizei und Justiz: Fälschungen, Fehlurteile, Rechtsbeugung, Gewalt und viele fiese Tricks. 196 S., Großformat, 18 €.

www.aktionsversand.de.vu

www.aktionsversand.de.vu

Kreative Seiten im Internet

Direct-Action-Seiten: www.direct-action.de.vu

Herrschaftskritik und Utopien: www.herrschaftsfrei.de.vu

Dominanzabbau in Gruppen und Kreativ-Methoden: www.hierarchnie.de.vu

Umweltschutz von unten: www.umwelt-und-emanzipation.de.vu

Projektwerkstatt: www.projektwerkstatt.de/saasen

Stiftung FreiRäume: www.stiftung-freiraeume.de

Trainings, Vorträge: www.vortragsangebote.de.vu

Materialien

Direkte Aktion/Blockadefibel
Kleines Heftchen voller Tipps für Lock-ons, Klettern, Festketten und mehr. A5, 2 €.

Upps ... ein Genfeld. was jetzt? Tipps zur Recherche und zur Gegenwehr. A5, 20 Seiten, 1 €.

Anarchie
Bestandsaufnahme im deutschsprachigen Raum. 408 S., 14 €.

Viele Filme auf DVD
Abgefilmte Ton-Bilder-Schauen „Monsanto auf Deutsch“, „Fiese Tricks von Polizei und Justiz“, „Die Mischung macht's!“, der Doku-Film „Aufstieg und Fall einer Patentlösung“ und die Sammlung zur Projektwerkstatt „Berufsrevolutionäre“ ... je 7 €.

Subversive Kommunikation
Tipps und Tricks zu subversiver Gesprächsführung, Kommunikationsguerilla usw. 16 Seiten, 1 €.

Autonomie & Kooperation
Utopien und Rahmenbedingungen herrschaftsfreier Gesellschaft – unter anderem zu emanzipatorischer Ökologie. 164 S., 10 €.

Alles zu bekommen in der Projektwerkstatt und über www.aktionsversand.de.vu.

Rabatte für Sammelbestellungen!

Inhaltsverzeichnis

Aneignung jetzt! 2
Konkrete Tipps für Aktionen

Vom Radieschen zur Revolution 7
Gartenflächen aneignen

Naturschutz von unten 11

Internetseiten, Inhalt 16

Kontakt

Stiftung FreiRäume – die Absicherung von Frei-Räumen gegen Privatisierung, Repression und mehr. Kreative Rechtsform und Eigentumsneutralisierung, widerständig und unabhängig. Mehr: www.stiftung-freiraeume.de

Gegenmacht von unten!

Staat und Markt schränken Handlungsmöglichkeiten immer mehr ein!

Übermacht, Kontrolle, Durchdringung und Sozialabbau, Medienmacht und Filz verregeln und normieren das Leben. Gleiches gilt für den politischen Protest. Die Folge: Auch viele der Menschen, die ein Unbehagen fühlen oder protestieren wollen, wählen Wege innerhalb der Norm – staatliche Zentren, formalisierte Vereine, Reduzierung auf die staatlich vorgegebenen Demoformen. Der mentale Knast wirkt.

Politische „FreiRäume“ schaffen!

Die Stiftung sichert Räume für Bildungsstätten, Büro-, Kultur-, und Kommunikationseinrichtungen, Materiallager und Gruppenräume für politische Aktionsgruppen, für selbstbestimmtes Wohnen im Zusammenhang mit öffentlichen Räumen und für Infoläden und -zentren.

Kriterien:
- Gleichberechtigte, selbstverwaltete Wohn-, Arbeits- und politische Projekte
- Autonomie der Gruppen, die die Einrichtungen nutzen
- Erhalt öffentlicher Räume für politische, soziale und/oder Kulturarbeit
- Keine Dominanz staatlicher Stellen oder staatsfinanzierter Hauptamtlicher und Gruppen (Kein Stimmrecht und keine zentralen Funktionen für Staatsgeförderte!)

Beispiele:
- Politische Zentren mit Infoläden, Projektwerkstätten, Bibliotheken und Archive
- Gemeinschafts-Wohnprojekte in kollektiver Nutzung mit öffentlichen Räumen
- Wagenplätze, ex-besetzte Häuser usw. mit öffentlichen Räumen, Wagen oder Flächen

Die Idee unterstützen: Häuser und Grundstücke stiften, vererben?

Wir freuen uns über weitere Häuser, Räume oder andere Orte, in denen wir politische Aktionsflächen schaffen können. Die Stiftung ist gemeinnützig und kann Erbschaften, Zustiftungen und Spenden entgegennehmen.

Stiftung FREIRÄUME

Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen
06401/903283
Fax 03212-1434654

Kontakt Berlin & Brbg.
c/o Kubiz
Bernkasteler Str. 78
13088 Berlin

www.
stiftung-freiraeume.de

Dort findet sich die Satzung und eine Übersicht über die verschiedenen Rechtsformen für Projekte, wie sie Eigentum erwerben und sichern, Spenden und Zustiftungen sind steuerlich absetzbar.

Konto DE73 4306 0967 4013 6818 00 (bei der GLS-Bank)